



AMT DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG
Landhaus, A-6901 Bregenz

Aktenzahl: PrsG-4559
(Bei Antwortschreiben bitte anführen)

Bregenz, am 23.10.1987

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Stubenring 1
1010 Wien

Auskünfte:
Dr. Schneider

Tel. (05574) 511
Durchwahl: 2064

Betrifft GESETZENTWURF	
Z	43 - GE 9 87
Datum:	2. NOV. 1987
Verteilt:	05. NOV. 1987 Kreuz

Betrifft: 16. Novelle zum B-KUVG;
Entwurf, Stellungnahme hinsichtlich ergänzender Änderungs-
vorschläge
Bezug: Schreiben vom 5.10.1987, Zl. 21.136/2-1/1987

Zum übermittelten Entwurf der 16. Novelle zum B-KUVG wird hinsichtlich der ergänzenden Änderungsvorschläge Stellung genommen wie folgt:

Zu Artikel I Z. 2 (§ 47 Abs. 3):

Der geplante Entfall von 80 % des Hilflosenzuschusses in Fällen, in denen ein Träger der Sozialhilfe die Kosten der Pflege trägt, kann sachlich nicht begründet werden. Diese Maßnahme soll offensichtlich nur finanzielle Einsparungen des Bundes zu Lasten der Länder und Gemeinden als Träger der Sozialhilfe bewirken. Es geht auch nicht an, daß ein Sozialversicherter während seines Lebens Sozialversicherungsbeiträge leisten muß und ihm der Anspruch auf die Gegenleistungen dann gekürzt wird, wenn er diese Gegenleistungen benötigt.

Die Vorarlberger Landesregierung lehnt daher diese beabsichtigte Änderung entschieden ab.

Für die Vorarlberger Landesregierung:

Dr. Guntram Lins, Landesrat

- a) Allen
Vorarlberger National- und Bundesräten
- b) An das
Präsidium des Nationalrates
1017 W i e n
(22-fach)
im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanz-
leramtes vom 24. Mai 1967, Zl. 22.396-2/67
- c) An das
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst
1010 W i e n
- d) An alle
Ämter der Landesregierungen
z.Hd.d. Herrn Landesamtsdirektors
- e) An die
Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ. Landesregierung
1014 W i e n
- f) An das
Institut für Föderalismusforschung
6020 I n n s b r u c k

zur gefl. Kenntnisnahme.

Für die Vorarlberger Landesregierung:
Der Landesamtsdirektor:

gez. Dr. E n d e r

F.d.R.d.A.

Abner